

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Michael Leutert, Wolfgang Gehrcke, Jan Korte, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Menschenrechte in Mexiko schützen, Verhandlungen zum Sicherheitsabkommen aussetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Am 26. September 2014 wurden 43 Lehramtsstudenten in Iguala im süd mexikanischen Bundesstaat Guerrero verschleppt und mutmaßlich ermordet. Die jungen Menschen waren auf dem Weg zu einer Spendensammlung, um die Teilnahme an einer Demonstration zum Gedenken an ein Massaker an Studierenden 1968 in Mexiko-Stadt zu finanzieren. Nach den bislang bekannt gewordenen Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden waren an dem mutmaßlichen Verbrechen bewaffnete staatliche Kräfte, politische Funktionäre und kriminelle Banden beteiligt. Inzwischen sind Massengräber mit verscharrten Körpern sowie verbrannte Leichen gefunden worden. Der Generalstaatsanwalt Mexikos geht davon aus, dass es sich bei den verbrannten Leichen um die Überreste der Studenten handelt, bisher ist erst die Identität eines Studenten nachgewiesen worden.
2. Das mutmaßliche Massaker von Iguala reiht sich in eine Serie von schweren Gewalttaten – unter maßgeblicher Beteiligung von Polizei- und Militärkräften – ein, die sich auch gegen Aktivisten und Aktivistinnen sozialer Bewegungen, gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie kritische Journalistinnen und Journalisten richten. Drei Monate zuvor hatte die Polizei 21 Jugendliche in der Ortschaft Tlatlaya im Bundesstaat México erschossen. Die Recherchen von US-Medien und die Aussage eines Augenzeugen enthüllten, dass es sich um extralegale Hinrichtungen gehandelt hatte und die Opfer nicht, wie Vertreter des Landes und der Stadt erklärt hatten, Kriminelle waren. Am 12. Oktober 2014 wurde ein deutscher Austauschstudent von der Polizei angeschossen und verletzt. Am 17. Oktober wurde im Norden des Landes ein führender Twitteraktivist ermordet, der die Öffentlichkeit über die Gewalt und über die Komplizenschaft zwischen Regierungsverantwortlichen und organisiertem Verbrechen informiert hatte.
3. Nach Angaben international renommierter Menschenrechtsorganisationen – unter anderem Amnesty International (AI) – wendet die mexikanische Polizei nachweislich Foltermethoden an. Ein Bericht von AI von Anfang September 2014 verweist darauf, dass die mexikanische Menschenrechtskommission im Jahr 2013 einen Anstieg von Folterfällen um 600 Prozent verzeichnet hat, dass

nur sieben Urteile gegen Folterer aus Polizei oder Militär gefällt wurden und weitreichende Straflosigkeit herrscht und dass 64 Prozent der Mexikanerinnen und Mexikaner Angst vor Folter im Polizeigewahrsam haben.

4. In dieser Situation treten die Verhandlungen der Bundesregierung mit der mexikanischen Staatsführung über ein Sicherheitsabkommen in die Endphase. Die bilaterale sicherheitspolitische Vereinbarung soll voraussichtlich bis Ende 2014 von den beiden beteiligten Regierungen unterzeichnet und im Jahr 2015 vom Deutschen Bundestag beschlossen werden. Spätestens angesichts der jüngsten Entwicklungen in Mexiko ist dieses Abkommen neu zu bewerten, da sich die Pflicht für bundesdeutsche Behörden ergibt, unter bestimmten Bedingungen personenbezogene Daten an mexikanische Behörden weiterzureichen. Aus diesem Grund fordern zahlreiche mexikanische und deutsche Menschenrechtsgruppen von der Bundesregierung, zu diesem Zeitpunkt kein solches Sicherheitsabkommen mit Mexiko abzuschließen.
5. Die überbordende Gewalt in Mexiko steht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes während der letzten 20 Jahre. Dieser Zeitraum war maßgeblich geprägt von der Implementierung der Freihandelsabkommen mit den USA (NAFTA) und der Europäischen Union. Sie richtete die mexikanische Volkswirtschaft auf eine einseitige Exportorientierung aus und machte sie dadurch in hohem Maße verwundbar. So wurde Mexiko wie kaum ein anderes Land des Südens von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in den USA und in der EU getroffen. Die Armutsquote blieb selbst in Jahren des Wirtschaftswachstums konstant hoch und stieg sogar von 45 auf über 50 Prozent. Im Verhältnis zur EU wuchs das Handelsdefizit Mexikos bis 2013 auf rund 10 Mrd. Euro jährlich an. Hinzu kommt eine Zunahme von Arbeitskämpfen, bei denen die beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter staatlicher Repression ausgesetzt sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Verhandlungen über das geplante Sicherheitsabkommen mit Mexiko vorerst auszusetzen;
- den bisherigen Stand des Verhandlungstextes zu veröffentlichen und weitere Schritte unter der Einbeziehung des mexikanischen und des deutschen Parlamentes und von Menschenrechtsorganisationen transparent zu gestalten;
- Mexiko bei der Aufklärung der Verschleppung und mutmaßlichen Ermordung der 43 Studenten in Guerrero jede Unterstützung anzubieten;
- Menschenrechtsverteidiger zu schützen und die Leitlinien der Europäischen Union zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (2008) umzusetzen;
- zur Verbesserungen der organisatorischen Ausstattung von Menschenrechtsverteidigern einen Koordinator für Menschenrechte in der deutschen Botschaft in Mexiko-Stadt durch Haushaltsmittel (Einzelplan 05) i. H. v. 126 000 Euro zu schaffen;
- sich bei Verhandlungen auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bei Vereinbarungen und Verträgen, darunter bei der aktuellen Neufassung des Freihandelsabkommens, die menschenrechtliche und soziale Situation in Mexiko verbindliche und sanktionsbewehrte Berücksichtigung findet.

Berlin, den 16. Dezember 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion